

(Ministerin Höhn)

(A) Wir haben einen weiteren Bereich, nämlich das Ziel der flächendeckenden Biostationen. Auch hier sind Erfolge erreicht worden. Wir stehen unmittelbar vor dem Abschluß der Errichtung der biologischen Station im Kreis Steinfurth, im Kreis Düren und der Neuaufnahme der Förderung in Solingen. Insgesamt gibt es mittlerweile 26 Einrichtungen, bei denen vor Ort ein enormes Engagement vorhanden ist, gerade auch im ehrenamtlichen Bereich.

An diesem Ort sei gesagt: Naturschutz und Umweltschutz braucht viele ehrenamtliche Menschen, die begeistert und bereit sind, sich für diesen Bereich zu engagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden alles tun, um dieses Potential zu wecken und im Sinne der Sache zu verstärken.

Ein letzter Punkt - ein gutes Projekt, das gerade auf den Weg gebracht worden ist, auch über diesen Haushalt -: Wir werden im nächsten Jahr eine - einmalig für die Bundesrepublik Deutschland - Dokumentation des Naturschutzes einrichten, und zwar auf der Drachenburg in Königswinter, dem ältesten Naturschutzreservat der jetzigen Bundesrepublik Deutschland.

Meine Damen und Herren! Wir schweigen nicht, wir - Sozialdemokraten und GRÜNE zusammen - machen Politik. Sie werden sich noch wundern, was wir alles auf die Beine stellen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren! Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe ich die Beratung zum Einzelplan 10.**

Wer der Beschlußempfehlung, dem **Einzelplan 10** in der vorliegenden Fassung **zuzustimmen**, entsprechen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der **Einzelplan 10** mit den Stimmen der Regierungsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen.**

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1605 und **eröffne die Beratung.**

Als erstem Redner erteile ich für die Fraktion der SPD Herrn Kollegen Degen das Wort.

(C)

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir über den Einzelplan 05 reden, dann sprechen wir über ein Fünftel des Landeshaushaltes, nämlich über 19 Milliarden DM. Dieser Einzelplan 05 ist wahrlich kein Sparhaushalt, aber er ist mit einer Steigerung von 1,7 % ein sparsamer und ein verantwortungsvoller Haushalt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Die Situation im Bildungsbereich ist gekennzeichnet einerseits durch den Anstieg der Schülerzahlen um 1,9 % auf nahezu 2,6 Millionen Schüler³ in unserem Lande und andererseits durch die Festschreibung der Zahl der Lehrerstellen auf 139 672.

Wir werden keine zusätzlichen Stellen schaffen. Das gibt die Finanzlage des Landes nicht her. Ich meine aber, daß wir ein Konzept gefunden haben, die Situation angemessen zu meistern.

In einem Dialog, der über mehrere Monate angelegt war, hat die Ministerin mit den Lehrerverbänden über ein mittelfristiges Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung gesprochen und ein solches Konzept erarbeitet. Es umfaßt ein Bündel differenzierter Maßnahmen - von einer differenzierten Pflichtstundenerhöhung über Vorgriffsstunden, für die im Rahmen des Lebensarbeitszeitkontos ein Ausgleich gewährt wird, bis zum bedarfsdeckenden Unterricht für Lehramtsanwärter, die damit auch ein wenig mehr an Praxis in der zweiten Phase der Ausbildung mitbekommen.

(D)

Nun haben wir mit diesem Haushalt zum ersten Mal eine differenzierte Umsetzung eines Teiles dieser Maßnahmen. Das Wesentliche dabei ist für mich, daß wir zusätzliche Stellen erwirtschaften, die gezielt für pädagogisch sinnvolle Maßnahmen in den Schulbereich zurückgegeben werden können.

Ich habe Verständnis dafür, daß die Lehrerverbände diesem mittelfristigen Konzept ihre Zustimmung nicht geben konnten; denn das verlangt schon ihr Selbstverständnis. Aber bei zahlreichen Veranstaltungen im Lande zum Thema der Denkschrift "Umsetzen des Hauses des Lernens" habe ich bei den Lehrerinnen und Lehrern viel Verständnis für diese Notmaßnahmen gefunden und die Bereitschaft, weiterhin an der Umsetzung der Denkschrift mitzuarbeiten und Reformen in unserem Lande mitzutragen. Dafür möchte ich mich bei den

(Degen [SPD])

- (A) Lehrerinnen und Lehrern im Lande im Namen der SPD-Landtagsfraktion ausdrücklich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt und die Anträge zu Einzelplan 05 sind ein Beispiel dafür, daß man auch bei knappen Kassen Politik gestalten kann. Die begonnene Maßnahme "Schule von 8 bis 13 Uhr" wird zusätzlich mit 1 Million DM unterstützt, damit bei einer flächendeckenden Annahme dieser Maßnahme auch die jetzt errichteten Zweitgruppen von uns weiter gefördert werden können und nicht eingestellt werden müssen.

Ein zweites Beispiel ist die Anhebung des Beförderungsschlüssels für Fach- und Werkstattlehrer von A 9 zu A 10. Hier haben wir eine Perspektive gegeben, in dem wir den Beförderungsschlüssel auf 65 % angehoben haben.

Wir haben Mittel für die Entwicklung neuer Förderkonzepte für den Unterricht von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag eingesetzt. Wir wollen damit unseren Beitrag zur Umsetzung der Maßnahmen, die im Ausbildungskonsens für den berufsschulischen Bereich vereinbart worden waren, leisten.

- (B) Einige Sätze zu diesem erfolgreichen Ausbildungskonsens: Erfreulich ist die Vereinbarung mit den Kammern, daß der Umfang des Berufsschulunterrichts in Nordrhein-Westfalen nicht in Frage gestellt wird. Wir haben eine entsprechende Entschließung im Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet, in der wir fordern, daß diese Vereinbarung in diesem Punkt auch auf Bundesebene Gültigkeit haben soll. Dort wird nämlich vom sogenannten Zukunftsminister Rüttgers immer noch die Abschaffung des zweiten Berufsschultages gefordert. Diesem Ansinnen hat sich die CDU im Ausschuß verweigert.

Ich möchte ein Mißverständnis noch aufklären, das häufig im Raume steht. In dem Ausbildungskonsens ist nicht vereinbart worden, die Ausbildungszeiten zu reduzieren und eventuell zweijährige Berufsausbildungen einzuführen. Die Anforderungen in den Berufen steigen laufend. Wir haben gerade jetzt noch ein Beispiel dafür, daß zur Wahrnehmung der Rolle der Opposition selbst eine dreißigjährige Berufsausbildung nicht ausreicht. Wir werden uns in diesem Punkt dafür einsetzen, daß ihre Lehrzeit entsprechend verlängert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte das konstruktive Klima hervorheben, das bei diesen Gesprächen mit den Kammern geherrscht hat, und damit die Hoffnung verbinden,

daß die von allen gewünschte Zusammenführung von Kollegschulen und berufsbildenden Schulen zu einem Berufskolleg in einem ähnlich guten Klima erfolgen kann. Ausbildungskonsens und Berufskolleg sind zwei herausragende Beispiele dafür, daß man auch bei knappen Kassen Reformpolitik machen kann. (C)

Vor wenigen Wochen hat die CDU hier einen Antrag mit dem Titel "Keine Bildungspolitik am Landtag vorbei" eingereicht. Wie wichtig Ihnen die parlamentarische Mitwirkung in unserem Land ist, dafür geben Sie zur Zeit ein wenig rühmliches Beispiel. Ich kann Ihnen versprechen, wenn Sie wieder einmal über unzureichende Werteerziehung lamentieren und fehlende positive Leitbilder für die Jugend einklagen, dann werde ich Sie an Ihr Verhalten erinnern, das Sie mit Ihrer Aussteigermentalität im Landtag demonstrieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Schumann das Wort.

Brigitte Schumann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Vorweg sei folgendes festgestellt: Ich empfehle die Zustimmung zum Einzelplan 05 aus koalitionspolitischen Gründen. (D)

(Aha!-Rufe von der CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Donnerwetter!)

auch wenn ich aus fachlicher Sicht in einigen Punkten auf Distanz dazu gehe.

(Zurufe von der CDU)

Eine bildungspolitische Alternative zu Rot-Grün gibt es nicht.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Die Liste wird immer länger!)

Die CDU betreibt bildungspolitische Demagogie im Land. Sie versucht, die Öffentlichkeit, auch die Schulöffentlichkeit, gezielt zu verunsichern. Sie schadet dem Schulfrieden.

Ich komme zum Haushalt 1997. Der Haushalt vollzieht die ersten Maßnahmen zur mittelfristigen Unterrichtsversorgung, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sommer gemeinsam beschlossen haben. Insofern bildet der Haushalt den gemeinsamen politischen Willen ab. Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Nordrhein-Westfalen

(Schumann [GRÜNE])

(A) schonend mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern, um die es ja geht, bei dem differenzierten Maßnahmenbündel umgegangen. Auch das stelle ich fest.

Aber wir wollen die Folgen nicht beschönigen. Lernen und Lehren wird für Schülerinnen und Schüler, für Lehrerinnen und Lehrer schwieriger. Nicht das Haus des Lernens ist das Thema Nr. 1 in den Kollegien, wie wir uns das wünschen würden, sondern die Mehrbelastung und drohende Zwangsversetzungen als Folge der Arbeitszeiterhöhung.

(Sehr gut! bei der CDU)

Frau Ministerin, hier wäre ein klares Wort angebracht, daß die Koalition auf Zwangsversetzungen verzichten will.

(Hans Frey [SPD]: Es gibt keine Zwangsversetzungen!)

Die notwendigen Einstellungsperspektiven zur Erneuerung der Schulen fehlen. Die Kultusministerkonferenz 1995 hat ihrerseits einstimmig festgehalten, daß über eine kontinuierliche Einstellungsquote die Erneuerungsfähigkeit der Schulen erhalten werden müsse. Sie konnte sich gegenüber den Finanzministern nicht durchsetzen. Dieser Mangel, der entsteht, weil die notwendigen Einstellungen nicht getätigt werden, hat viele Ursachen. Die zentrale Ursache liegt in Bonn.

(Zurufe von der CDU)

Die Verlängerung der Regierung Kohl um jeden einzelnen Tag belastet die Aussicht auf einen finanzpolitischen Kurswechsel in der Bildungspolitik.

(Zurufe von der CDU)

Die Einstellungsperspektiven verbessern sich aber auch nicht durch ein Status-quo-Denken in beamtenrechtlichen Denkschablonen. Dazu könnte das Land allerdings auch einen selbständigen Beitrag leisten. Ich nenne da die Stichworte: Abschmelzen des Stellenkegels für die Beförderung, Zulagen anstelle von Beförderungssämtern, wo immer möglich, im Land.

Die Einstellungsperspektiven werden auch nicht durch ein Status-quo-Denken bei Strukturen und Organisationsformen verbessert. Der ehemalige Kultusminister Schwier stellte sich in dem nicht verabschiedeten Entwurf für ein Organisationsgesetz in der letzten Legislaturperiode die Frage, wie die Vielfalt der Schulformen in ihrer heutigen Angebotsform bezahlt werden soll und ob sie überhaupt noch bezahlbar sei. Wenn wir auch sei-

ne Antworten in etlichen Punkten nicht teilen konnten, so war aber die Fragestellung richtig, und sie muß aufgegriffen werden. (C)

Schließlich ist festzuhalten: Umschichtungen im Haushalt zugunsten der Bildung als Zukunftsinvestition gelingen nicht, nicht einmal im Umfang einer einzigen Stelle. Alle Ressorts verteidigen ihre Bestände, aus Sicht der Ressorts sicherlich verständlich und nachvollziehbar. Nur: Ich beschreibe damit im Grunde, daß wir überhaupt keine Spielräume zwischen den einzelnen Ressorts mehr haben.

Für die Zukunft ist vorprogrammiert, daß sich der Ausbildungskonsens als eine Hypothek für die Finanzierung der schulischen Grundversorgung erweist. Mit dem Ausbildungskonsens hat sich die Landesregierung zum Ausfallbürgen für alle die Fälle gemacht, die trotz der Ausbildungsversprechen der Wirtschaft keinen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. Nach unseren Informationen sehen die Erfolgszahlen, die Herr Clement am 20. November presseöffentlich gemacht hat, faktisch anders aus. Nicht 3 536 Jugendliche sind mit einem Ausbildungsplatz versorgt worden, sondern nur 1 189. Die anderen Jugendlichen werden wie folgt versorgt: 333 über Schulen, 1 321 über berufsvorbereitende Maßnahmen, 1 703 in Wehr- und Zivildienst und 509 in Arbeit ohne Ausbildung, also Hilfsarbeiter-Jobs. (D)

Daß die notwendigen Einstellungsperspektiven fehlen, ist beunruhigend, weil daran auch die Leistungsfähigkeit der Schulen und die Innovations- und Reformbereitschaft der Lehrerinnen und Lehrer geknüpft sind. Dies sei all denen gesagt, die immer noch den Eindruck vermitteln, als gehe es im Personalhaushalt 05, der ja bekanntermaßen der größte Personalhaushalt des Landes ist, nur um Lehrergehälter.

Daß über diese Entwicklung der Schulverhältnisse in Verbindung mit sich verschlechternden Lebensverhältnissen in Familien die Chancenungleichheit - in Klammern: die nie beseitigt wurde - wieder ansteigt, ist beunruhigend für eine demokratische Gesellschaft. Daß zeitgleich neolibérale und konservative Bildungspolitik die finanzielle Förderung von Hochbegabten in separierter Form fordern, ist geradezu alarmierend.

Es gibt auch die Besorgnis, ob unter der Ressourcenknappheit die erweiterten Gestaltungsfreiräume für die Schulen, die wir sehr begrüßen, noch attraktiv sind und ob sie von den an Schule Beteiligten noch als Motivationsverstärkung wahrgenommen werden.

(Schumann [GRÜNE])

(A) Ich komme jetzt zu Einzelpunkten, die uns besonders wichtig sind und uns am Herzen liegen. Die Lehrerfortbildung, insbesondere die schulinterne, muß verstärkt werden. Die Evaluationsstudie im Bereich der Lehrerfortbildung trifft diese Feststellung und stellt darüber hinaus fest, daß die Wirtschaft wesentlich mehr Geld für betriebliche Fortbildungsmaßnahmen ausgibt als der öffentliche Arbeitgeber für die Lehrerinnen und Lehrer.

Für die neuen Aufgaben der inneren Schulentwicklung ist die Fortbildung zusammen mit der Beratung durch die Schulaufsicht das wichtigste Standbein. Ich frage: Sagen wir nicht an diesem Standbein, wenn wir 75 Stellen für die Lehrerfortbildung durch Umwidmung der Stellen für den Bereich der Studienseminare, wo ebenfalls Mangel ist, streichen?

Ich frage, wie wir mit begonnenen Reformvorhaben umgehen. Ich nehme als Beispiel die Gesamtschule im Aufbau. Zwei Drittel aller Gesamtschulen im Land befinden sich in dieser Phase und sind als noch nicht vollausgebaute Systeme auf besondere personelle Unterstützung angewiesen.

Diese Unterstützung gibt es nicht mehr. Dagegen wird von Gesamtschulseite vorgerechnet, daß sich das pädagogische Personal an Gesamtschulen von 1991 bis 1992 bis zum Jahr 2000/2001 nach den Stellenzuweisungen um 15 % verringern wird.

(B) Der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen hat mit der gesetzlichen Grundlage eine starke Nachfrage erfahren. 3 000 Kinder mit Behinderungen registrierte der letzte Haushalt im gemeinsamen Unterricht der Grundschulen. Aus Sicht der Schulen sind es aber mehr Kinder, die in die Grundschulen aufgenommen worden sind, eben ohne Bedarfsfeststellung. Dieser Haushalt prognostiziert 500 Kinder mehr in den Grundschulen - ohne den entsprechenden Stellenzuwachs für Sonderschulpädagogen und -pädagoginnen.

Wir halten spitz gerechnet 38 zusätzliche Stellen für notwendig. Über diese Stellen haben wir intensiv verhandelt. Wir haben sie nicht nachträglich in den Haushalt einstellen können. Die Deckungsvorschläge für diese Stellen aus dem Schulkapitel waren für uns nicht akzeptabel. Wir hätten diese Stellen erkaufen müssen um den Preis einer weiteren Kürzung der Stellen bei der Lehrerfortbildung oder bei der Integration selber, nämlich bei der Kürzung der Stellen, die im Haushalt als Beratung für Grundschullehrer und -lehrerinnen zur Verfügung stehen, die erstmalig Integrationsklassen mit behinderten und nichtbehinderten Kindern unterrichten.

Diese Entscheidung ist uns wirklich nicht leicht gefallen. Wir wollen weder eine Ausdünnung der sonderpädagogischen Fördermaßnahmen noch wollen wir Kinder' aus dem gemeinsamen Unterricht ausschließen. Für uns ist hier ein Grundrecht der Behinderten auf Nichtaussonderung berührt. Daran halten wir fest. Im übrigen wird die Koalitionsvereinbarung hier nicht genau genommen. Sie sieht einen quantitativen Ausbau bei der Bewahrung der pädagogischen Standards vor. Unsere eigentliche Aufgabe ist die Sicherung der pädagogischen Leistungsfähigkeit der Schulen. Wir verfehlen diese Aufgabe, wenn wir nur Unterricht sicherstellen.

Zur Weiterbildung möchte ich nur soviel sagen: Wir warten die Ergebnisse der Evaluationsstudie ab. Wir riskieren durch die zu geringe Landesförderung für schulabschlußbezogene Kurse an Volkshochschulen, daß weitere Kommunen anstelle von Kursangeboten private Ersatzschulen gründen, deren Finanzierung für das Land um ein Beträchtliches höher ausfällt.

Wir begrüßen die Aufstockung der Mittel für das Betreuungsangebot in der Grundschule von 8 bis 13 Uhr und die überfällige Anhebung der Fachlehrerstellen von A 9 nach A 10 ausdrücklich. Diese positiven Aspekte können aber bei einer fachlichen Gesamtabwägung die vorgebrachten Bedenken gegen den Haushalt 1997 zum Einzelplan 05 weder ausräumen noch aufwiegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile der Frau Ministerin für Schule und Weiterbildung Behler das Wort.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Die Bewertungen zur realen Situation mögen manchmal unterschiedlich sein. Aber, liebe Kollegen von der CDU-Fraktion, ich möchte Ihnen doch sagen: Sie liefern das Trauerspiel, und wir haben das Vergnügen. So ist die Arbeitsteilung heute.

Daß Herr Reul jetzt nicht da ist, tut mir sehr leid. Er guckt auch immer so verbiestert. Es wundert einen allerdings auch nicht, denn er fordert die humane Leistungsschule. Wer allerdings für die Schulen Leistungen fordert, müßte sie erst einmal selbst erbringen, und zwar jeder an seinem Ort, Sie im Parlament.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Ministerin Behler)

(A) Denken Sie daran: Leistung lohnt sich. Sie macht auch Spaß.

(Lachen und Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die Opposition ist faul!)

Im Haushalt der Landesregierung, der hier eingebracht ist, hat Bildung ganz eindeutig Priorität. Der Einzelplan 05 - das ist der Haushalt des Ministeriums für Schule und Weiterbildung - wächst um 1,7 % an, so daß nunmehr über 19 Milliarden DM durch diesen Haushalt gebunden werden. Und das Ressort Schule und Weiterbildung bindet 21,2 % der Ausgaben des Landes. Die knapp 140 000 Lehrerstellen, die wir haben, machen 40,5 % aller Stellen des für 1997 vorgesehenen Landeshaushalts aus. Damit erbringt das Land Nordrhein-Westfalen eine außerordentliche Leistung für die Bildung insgesamt. Der erreichte Bildungsstandard kann auf diese Weise fortgeführt und gesichert werden.

(Beifall bei der SPD)

Betrachtet man die Geschichte Nordrhein-Westfalens seit seiner Gründung, so darf man mit gutem Recht von einer Erfolgsgeschichte der Bildung sprechen. Dafür nehme ich nicht nur die Regierungen Kühn und Rau mit ihren Kultusministern in Anspruch, diese Erfolgsgeschichte hat auch Paul Mikat mitgestaltet. Was der wohl zu dem Schauspiel sagen würde, das Sie hier heute liefern?

(Beifall bei der SPD)

Die Jahr um Jahr zu erbringenden Leistungen für die Bildung sollten auch unter dem Gesichtspunkt gewürdigt werden, daß das Land Nordrhein-Westfalen den Strukturwandel zu begleiten und zu bewältigen hat. Dieser Strukturwandel wird das Land auch in den nächsten Jahren fordern. Es ist richtig, daß die Investitionen für die Bildung diesen Strukturwandel flankieren werden. Es ist aber auch richtig, daß es unter diesen Bedingungen eine große Leistung ist, die erforderlichen Mittel für die Bildung auch bereitzustellen.

Der Entwurf des Einzelplans 05 für 1997 ist mehr als die finanzielle Sicherung für das Schuljahr 1997/98. Frau Schumann und Herr Degen haben darauf hingewiesen: Der Entwurf des Einzelplans setzt die erste Stufe des mittelfristigen Konzepts zur Sicherung der Unterrichtsversorgung um, wie es am 18. Juni 1996 von der Landesregierung beschlossen und am Tag später hier im Hause auch vorgestellt wurde.

Ich will die Maßnahmen nicht im einzelnen wiederholen. Sie fangen den zu erwartenden Schülerzuwachs auf. Die entscheidende Botschaft des Konzepts lautet aber: Der Bestand der Lehrerstellen

bleibt in seiner Gesamtheit bis zum Jahre 2000 garantiert. Das ist nicht selbstverständlich, daß anderen Bereichen der Daseinsfürsorge so gesicherte Ressourcen auch zugewiesen werden. Das ist in Nordrhein-Westfalen möglich, weil eine auf Solidität und Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik dies ermöglicht.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern gilt in Nordrhein-Westfalen, daß der Schulbereich vom Stellenabbau und von Besetzungssperren ausgenommen bleibt. Dies ergibt für die Dauer der Legislaturperiode umgerechnet etwa 15 000 bis 20 000 Neueinstellungen. Und ich möchte meinen Appell an die Lehrerinnen und Lehrer im Lande erneuern, die eine Pflichtstundenzahlerhöhung nicht mittragen wollen oder können. Es bleibt ja bei der Zusicherung der Landesregierung, jeden durch Teilzeit gewonnenen Stellenanteil in Neueinstellungen selbst umzusetzen. Auf diese Weise könnten wir die große Zahl noch beträchtlich erhöhen. Ich glaube, das ist nicht nur zumutbar, sondern im Sinne der Zukunftsperspektiven jüngerer Studierender oder von Lehramtsanwärtern und Lehramtsanwärterinnen auch richtig.

Nun ein Wort zur sogenannten Zwangsversetzung, die Frau Schumann angesprochen hat. - Wer generell erwartet, daß eine Landesregierung Versetzungen von Betroffenen im Zweifelsfall auch gegen deren Willen nicht vornimmt, der akzeptiert eine ungerechte Verteilung von Lehrerstellen, die sich durch Zufälle im Land Nordrhein-Westfalen ergeben. Und das kann nicht richtig sein.

Jede freiwillige Maßnahme hat Vorrang. Die Schulaufsicht ist gehalten, mit allen Beteiligten bis zum Frühjahr Gespräche zu führen, weil es natürlich richtig und vernünftig ist, auf die Einsicht der Betroffenen zu setzen und hier verträgliche Lösungen zu finden.

Ich sage auch ganz deutlich: Es kann nicht sein, daß in einer Region des Landes freie Stellen nicht besetzt werden können oder Stellen nicht dorthin verlagert werden können, wo die Schülerinnen und Schüler auf den ihnen zustehenden Unterricht warten, und es demgegenüber an anderen Stellen im Land weitaus mehr Lehrer gibt, als nach Berechnungen den Schulen zustünden. Hier muß es zu einer Gleichverteilung in Nordrhein-Westfalen kommen, und zwar im Interesse der Kinder und Jugendlichen

(Beifall bei der SPD)

und möglichst im Einvernehmen mit den Betroffenen. Das muß die Linie sein.

(C)

(D)

(Ministerin Behler)

- (A) Ich will ein weiteres Projekt ansprechen, das für diesen Haushalt zentral ist: die verlässliche Halbtagschule. Sie ist ein Beweis dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen sich auch bei engem Finanzrahmen neuen Aufgaben stellt. Wir haben im Landeshaushalt insgesamt 23,4 Millionen DM für den Einsatz von Betreuungskräften an den etwa 3 900 Schulen im Primarbereich bereitgestellt. Mit Hilfe dieser Anteilsfinanzierung durch das Land konnte die Lebenssituation einer großen Zahl von Familien und Alleinerziehenden erheblich verbessert werden.

Durch die flexible Erlaßregelung, durch die beispielhafte Zusammenarbeit aller Beteiligten und gerade auch durch das hohe Engagement von Eltern ist es gelungen, schon jetzt 45 000 Kinder in 3 000 Gruppen zu betreuen. Das ist ein großer Erfolg für die betroffenen Familien, für die Kinder, für die Eltern, für die Verwandten und für die Schulen selbst.

(Beifall bei der SPD)

Dieses in Zeiten knapper Kassen mit unkonventionellen Methoden auch möglich zu machen, halte ich für den Beweis dafür, daß Perspektiven gegeben sind.

- (B) Es war schon im ersten Jahr ein überwältigender Erfolg, und es ist zu erwarten, daß auch in den nächsten Schuljahren weitere Grundschulen Betreuungsgruppen einrichten, so daß es die Grundschule ohne Betreuungsangebot künftig nur noch als Ausnahme geben wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich bin sehr dankbar, daß in den Fachausschüssen des Landtags beschlossen worden ist, die Mittel für die Betreuung um über eine Million DM zu erhöhen, so daß die bereits an einigen Schulen eingerichteten zweiten Gruppen auch im nächsten Schuljahr fortgeführt werden können.

Durch die des weiteren beschlossene gegenseitige Deckungsfähigkeit der Titel im Grundschulkapitel und im Sonderschulkapitel wird die Effizienz der Mittelverwendung weiter gesteigert.

Ich fasse zusammen: Der Einzelplan 05 und das mittelfristige Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung geben uns alle Chancen, das Bildungssystem auch in Zukunft kreativ und innovativ zu gestalten. Hier werden die wesentlichen Grundlagen gelegt. Es liegt nun an allen Beteiligten in diesem Bereich, ihre Aufgaben ernst zu nehmen und über das Ernstnehmen hinaus, wie ich eingangs sagte, auch mit Freude an die Zukunftsaufgaben heranzugehen. Ein Stückchen dieser Freude

sind wir auch den Kindern und Jugendlichen schuldig. Sie haben ein Anrecht darauf, dieses von uns einfordern zu können. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer dem **Einzelplan 05** entsprechend der Beschlußempfehlung **Drucksache 12/1605** die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen.**

Ich rufe nun auf

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1606, **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Kessel das Wort.

Dietrich Kessel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So wie in anderen Ausschüssen auch, hat es die CDU-Fraktion im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung gehalten: Sie hat nicht nur auf die Einbringung eigener Anträge zum Wissenschaftshaushalt verzichtet, sondern sich auch nicht an der Beratung und Abstimmung über die Anträge der Koalitionsfraktionen beteiligt. (D)

(Minister Dr. Michael Vesper: Haben die dafür Geld bekommen?)

- Das ist mir unbekannt. - Auch in dieser Haushaltsdebatte hat die Opposition wieder einmal die Chance vertan, ihre Alternativen zur Wissenschaftspolitik der Regierungskoalition zu verdeutlichen.

(Beifall der Birgit Fischer (SPD))

Auf die Frage, wo die Opposition Schwerpunkte in der Wissenschaftspolitik setzen würde, bleibt sie die Antwort erneut schuldig. Anstatt den Versuch zu unternehmen, hochschulpolitisches Profil zu gewinnen, verharrt die CDU wieder einmal in der Sprachlosigkeit.

Dabei hätte es aus Oppositionssicht durchaus Themen gegeben, zu denen wir von der CDU-Frak-